
Inhaltsübersicht

Zum Geleit	5
Vorwort	7
Autorenverzeichnis	37
Abkürzungsverzeichnis	41

1. Teil: Historische Grundlagen

§ 1 Das Parlament: Geschichte einer europäischen Erfindung	61
A. Einführung	62
I. Parlamentarismus als geschichtliches Phänomen	62
II. Warum Parlamentarismusgeschichte?	63
III. Die drei großen Phasen der Parlamentarismusgeschichte; der einzigartige Archetyp des englischen Parlaments	65
B. Die Wurzeln des modernen Parlamentarismus in den Ständeversammlungen	67
I. Die Entstehung der Ständeversammlungen seit dem dreizehnten Jahrhundert: Beratung des Herrschers mit seinen Räten und Magnaten	67
II. Die Ständeversammlungen als spezifisch europäisches Phänomen; kirchliche Vorbilder und Einflüsse	68
III. Legitimation: „Quod omnes tangit“	69
IV. Die Befugnisse der Stände	69
V. Die Entwicklungsgeschichte der Ständeversammlungen	70
VI. Kontinuität und Diskontinuität zwischen ständischer Repräsentation und modernem Parlamentarismus	74
C. Der moderne Parlamentarismus in der Epoche der konstitutionellen Monarchie	75
I. Das Ende der Generalstände: Versailles, 17. Juni 1789; die parlamentarische Tradition Frankreichs	75
II. Der Übergang zur konstitutionellen Monarchie in Europa im Gefolge der Epoche Napoleons	76
III. Deutscher Bund und süddeutscher Frühkonstitutionalismus	76
IV. Der gescheiterte Auftakt für einen nationalen Parlamentarismus in der Paulskirche	78
V. Parlamentarismus im deutschen Kaiserreich	79
D. Der massendemokratische Parlamentarismus im zwanzigsten Jahrhundert	86
I. Das Erbe der konstitutionellen Monarchie im deutschen Parlamentarismus	86

II. Von der Weimarer Reichsverfassung zum Bonner Grundgesetz	93
E. Das Parlament als Proteus	103
§ 2 Genese und Entwicklung des deutschen Parlamentsrechts	105
A. Das 19. Jahrhundert als „Achsenzeit“ des deutschen Parlamentsrechts	105
I. Etappen	106
II. Errungenschaften	110
III. Einrichtungen	117
IV. Zwischenfazit	127
B. Das Parlamentsrecht in der Zwischenkriegszeit	128
I. Revolutionäre Parlamentarisierung und konstitutionelles Parlamentsrecht	129
II. Regelungsorte und Regelungsgegenstände des Parlamentsrechts	135
III. Innovationen als Krisensymptome	138
C. Parlamentsrecht als Paradigma für normative Kontinuität	141

2. Teil: Funktionen und Prinzipien

§ 3 Volksvertretung als Grundaufgabe	143
A. Parlamente als Instrumente der Volkssouveränität	143
I. Volkssouveränität als normative Basis der Demokratie	143
II. Volksvertretung: Repräsentation als Mittel zur Verwirklichung der Volkssouveränität	144
B. Inputstrukturen des Parlaments	150
I. Wahlrecht	150
II. Intermediäre Organisationen	154
III. Gebotene Abschottung der Volksvertretung	156
C. Innerparlamentarische Strukturen zur Erfüllung der Funktion als Volksvertretung	157
I. Gesamtrepräsentation	158
II. Abgeordnetenstatus	159
III. Autonomie der Volksvertretung	161
IV. Tatsächliche Binnenverfassung des Parlamentes	162
D. Funktionen der Volksvertretung	169
I. Zum Begriff der Parlamentsfunktionen	169
II. Die politische Repräsentation des Volkes	170

E. Sicherung der zentralen Stellung des Parlaments	177
I. Das Problem	177
II. Die Wesentlichkeitstheorie	178
III. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Parlamentsschutzes	179
F. Dynamische Auslegung des Parlamentsrechts	180
§ 4 Parlamentarische Demokratie und politische Parteien	187
A. Über den Zusammenhang von Parteien und Parlamentarismus	187
B. Die Funktion der Parteien in der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes	189
I. Parteien als Instrumente bürgerschaftlicher Teilhabe	190
II. Parteien als Schaltstellen demokratischer Repräsentation	191
III. Parteien als Faktoren sozialer und politischer Integration	194
IV. Parteien als Träger öffentlicher Verantwortung	195
C. Die spezifische Zuordnung von Parteien und Parlamenten	196
I. Aufstellung der Wahlbewerber	197
II. Parteien und Abgeordnete	198
III. Parteien und Fraktionen	201
D. Die Parteien im europäischen Mehrebenensystem	202
§ 5 Parlamentsfunktionen	204
A. Begriff und Bedeutung der Parlamentsfunktionen	204
B. Funktionen des Parlaments	209
I. Demokratiefunktion	209
II. Legitimationsfunktion	216
III. Vertretungs- bzw Repräsentationsfunktion	220
IV. Öffentlichkeitsfunktion	224
V. Gesetzgebungsfunktion	231
VI. Wahl- und Organisationsfunktion	236
VII. Kontrollfunktion	243
VIII. Regierungsfunktion	249
IX. Oppositionsfunktion	252
X. Mitwirkung an der europäischen Integration/Integrationsverantwortung	254
XI. Haushalts- und Finanzverantwortungsfunktion	266
XII. Exekutivfunktion	273
XIII. Entscheidungsfunktion in Sondersituationen	275

3. Teil: Konstitution des Parlaments

§ 6	Wahlrecht und Wahlsystem	279
A.	Grundlagen	279
	I. Zur Bedeutung und Funktionsweise von Wahlen	279
	II. Wahlen im Mehrebenensystem	287
	III. Entwicklung des Wahlrechts in Deutschland	288
B.	Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes	291
	I. Zur Bedeutung von Wahlrecht	291
	II. Allgemeinheit der Wahl	292
	III. Unmittelbarkeit der Wahl	297
	IV. Freiheit der Wahl	299
	V. Geheimheit der Wahl	302
	VI. Gleichheit der Wahl	304
	VII. Öffentlichkeit der Wahl	312
C.	Einfachrechtliche Ausgestaltung der Wahlen zum deutschen Bundestag	313
	I. Geltendes Wahlsystem	313
	II. Wahlverfahren	319
	III. Rechtsschutz	325
	IV. Reformoptionen	325
§ 7	Konstituierung des Parlaments	328
A.	Grundlagen	328
	I. Bedeutung der Konstituierung	328
	II. Die geltende Rechtslage im Überblick	329
	III. Historische Entwicklung	329
B.	Die konstituierende Sitzung	330
	I. Einberufung der konstituierenden Sitzung	330
	II. Ablauf	332
C.	Rechtsfolgen der Konstituierung	335
	I. Maßgeblicher Anknüpfungspunkt	335
	II. Dauer der Wahlperiode	336
	III. Rechtsstatus der Abgeordneten	337
	IV. Rechtsstatus der Fraktionen	338
	V. Ende der Amtszeit der Bundesregierung	339
	VI. Ende der Amtszeit anderer parlamentarischer Untergliederungen	339
D.	Schlussbemerkungen	339

§ 8	Wahlprüfung	341
A.	Einleitung	341
B.	Das Wahlprüfungsverfahren	345
I.	Zur Zielsetzung der Wahlprüfung	345
II.	Das Verfahren vor dem Bundestag	347
III.	Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	349
IV.	Zu den Wahlprüfungsverfahren in den Ländern	351
V.	Zum Wahlrecht in der EMRK	352
C.	Umfang und Inhalt der Überprüfung	354
I.	Vorbemerkung	354
II.	Wahlfehler wegen fehlerhafter Anwendung geltender Wahlrechtsvorschriften	355
III.	Wahlfehler wegen Verfassungswidrigkeit geltender Wahlrechtsvorschriften	358
IV.	Zum Erfordernis der Mandatsrelevanz als Voraussetzung einer Ungültigkeitserklärung	362
V.	Folgen von Wahlfehlern	363

4. Teil: Rechtsquellen und Handlungsformen

§ 9	Rechtsquellen des Parlamentsrechts	365
A.	Einführung	365
I.	Begrifflichkeiten	365
II.	Systematisierungsansätze: Arten von Rechtsquellen des Parlamentsrechts	367
III.	Geschäftsordnungsautonomie: autonomes Parlamentsrecht als besondere Rechtsquelle	368
IV.	Parlamentsrecht im Bundesstaat und im supranationalen Kontext	371
B.	Die einzelnen „Rechtsquellen“: Positiviertes Parlamentsrecht des Bundes	372
I.	Verfassung	372
II.	Gesetz	374
III.	Geschäftsordnung: Autonomes Parlamentsrecht	378
IV.	Verhaltensregeln für Abgeordnete: Geschäftsordnungsrecht?	382
C.	Ungeschriebene Regeln	384
I.	Begriff und Bedeutung	384
II.	Ausgewählte ungeschriebene Regeln im Überblick	386
III.	Änderung und Weiterentwicklung der (ungeschriebenen) Geschäftsordnung	388

D. Europäisches Parlamentsrecht	389
I. Unions- oder „Eigen-Parlamentsrecht“	389
II. Ansätze eines Mehrebenen-Parlamentsrechts?	390
E. Europäisch determiniertes deutsches Parlamentsrecht?	391
F. Parlamentsrecht der Bundesländer	392
§ 10 Handlungsformen	394
A. Einführung	394
B. Begrifflichkeiten und Abgrenzungen	394
C. Haupthandlungsform(en)	395
I. Gesetz	396
II. Wahlen	398
III. Beschlüsse	399
IV. Wahlfreiheit	419
D. Weitere Handlungsformen	424
I. Bestandsaufnahme	424
II. Die Eigentümlichkeit der Ausführungsbestimmungen	427
E. Fazit	428

5. Teil: Die Akteure

1. Abschnitt: Rechtsstellung des Abgeordneten – Pflichten und Rechte

§ 11 Beginn und Ende der Rechtsstellung als Abgeordneter	431
A. Einleitung	431
B. Mandatserwerb	431
I. Normalfall (§ 45 Abs. 1 BWahlG)	431
II. Sonderfälle (§ 45 Abs. 2 und 3 BWahlG: Ersatzwahl, Listennachfolge, Wiederholungswahl)	433
C. Mandatsende	433
I. Mandatsende durch Ablauf der Wahlperiode	433
II. Mandatsende vor Ablauf der Wahlperiode	434
D. Mandatsverlust	436
I. Gesetzlich geregelte Verlustgründe	437
II. Weitere mögliche Fälle des Mandatsverlusts	443
III. Verfahren und Entscheidungswirkungen bei Mandatsverlust (§ 47 BWahlG)	446

§ 12 Abgeordnetenmandat	448
A. Einleitung	448
B. Beginn und Ende des Mandats	450
C. Inkompatibilitäten	450
D. Weisungsfreiheit	451
E. Der Status der Gleichheit	455
F. Parlamentarische Informations- und Beteiligungsrechte	455
G. Die Begrenzung der Rechte von Abgeordneten	457
H. Pflichten des Abgeordneten	460
I. Der Beruf des Parlamentariers	460
§ 13 Indemnität und Immunität	463
A. Indemnität	463
I. Begriff, Schutzzweck	463
II. Schutzzumfang	464
III. Verfolgungsschutz	465
B. Immunität des Abgeordneten	466
I. Schutzzweck	466
II. Immunität als Schutz vor Übergriffen der Exekutive	467
III. Immunität und Repräsentationsprinzip	469
IV. Immunität als Statusrecht des Abgeordneten	470
V. Die gerichtliche Kontrolle der Immunitätsentscheidung des Bundestages	473
VI. Immunität und die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages	474
VII. Die gesetzliche Regelung des Immunitätsrechts	475
VIII. Das Verfahren des Bundestages in Immunitätsangelegenheiten	476
§ 14 Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot	481
A. Einführung	481
B. Die Zeugnispflicht	481
C. Das Zeugnisverweigerungsrecht des Art. 47 S. 1 GG und sein Schutzbereich	482
D. Der tatverdächtige Abgeordnete	484
E. Das Ehrenwort des Abgeordneten	485
F. Art. 47 GG und die Mitarbeiter von Abgeordneten	485

G. Das Beschlagnahmeverbot in Art. 47 S. 2 GG	486
I. Beschlagnahmeverbot und Gewahrsam des Abgeordneten oder seiner Mitarbeiter	486
II. Der funktionelle Herrschaftsbereich des Abgeordneten	487
III. Das zu beschlagnehmende Schriftstück als Gegenstand eines Strafverfah- rens gegen einen Abgeordneten	489
IV. Das zu beschlagnehmende Schriftstück als Gegenstand eines Strafverfah- rens gegen den Mitarbeiter eines Abgeordneten	490
 § 15 Entschädigungsanspruch und Versorgung des Abgeordneten	492
A. Die Entschädigung der Abgeordneten	492
I. Die Ausgangslage	492
II. Das dreißigste Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 11. Juli 2014	495
B. Amtsausstattung	500
C. Nebentätigkeiten	503
D. Die Versorgung	505
 § 16 Rechtsschutz des Abgeordneten	508
A. Grundlagen	508
B. Verfassungsrechtsschutz im Bund	510
I. Grundlagen	510
II. Die Abgrenzung zwischen Organstreitverfahren und Verfassungsbe- schwerde	511
C. Verfassungsrechtsschutz auf Landesebene	520
D. Verwaltungsrechtsschutz des Abgeordneten	520
E. Würdigung und Ausblick	521
 2. Abschnitt: Fraktionen, Gruppen und fraktionslose Abgeordnete – Status, Rechte und Pflichten	
§ 17 Fraktionen	524
A. Grundlegung (Hans Hugo Klein)	524
I. Die Bedeutung der Fraktionen	524
II. Geschichtliche Entwicklung	525
B. Entstehung und Ende des Fraktionsstatus (Hans Hugo Klein)	527
I. Rechtsgrundlagen	527
II. Die Fraktionsbildung	528
III. Ende des Fraktionsstatus	531

IV. Prüfungspflicht des Bundestages	532
C. Binnenstruktur der Fraktionen (Günter Krings)	532
I. Fraktionssatzung	532
II. Gremien	535
III. Wahlen und Benennungen	537
IV. Arbeitsweise der Fraktionen	538
V. Mitarbeiter der Fraktionen	540
D. Die Rolle der Fraktionen im parlamentarischen Verfahren (Günter Krings) ...	540
I. Parlamentarische Arbeit der Fraktionen	541
II. Parlamentarische Opposition und interfraktionelle Zusammenarbeit	544
E. Finanzierung der Fraktionen (Günter Krings)	546
I. Das Verhältnis von Fraktion und Partei	546
II. Finanzquellen	547
III. Zulässige Ausgaben, Prüfung und Transparenz	548
F. Die Rechtsstellung der Fraktionen im Prozess (Hans Hugo Klein)	550
I. Fachgerichtliche Verfahren	550
II. Verfassungsprozessualer Status	550
§ 18 Gruppen und fraktionslose Abgeordnete	553
A. Parlamentarische Gruppen	553
I. Einführung	553
II. Die Bildung von Gruppen	555
III. Pflichten und Rechte	558
IV. Verfassungsprozessualer Status	562
V. Europäisches Parlament	563
B. Der fraktionslose Abgeordnete im Fraktionenparlament	563
I. Entstehungsgründe der Fraktionslosigkeit	563
II. Parlamentspraxis	563
III. Das Wüppesahl-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	564
IV. Die Rechtsstellung des fraktionslosen Abgeordneten	565
V. Resümee	567
3. Abschnitt: Das Plenum	
§ 19 Plenarvorbehalt	568
A. Einleitung	568
B. Abgrenzung und Eingrenzung	569
I. Plenarvorbehalt und Parlamentsvorbehalt	569

II. Übertragung im parlamentarischen Binnenbereich	570
C. Abgeleitete und originäre Zuständigkeiten	573
D. Delegation in der Staatspraxis	574
I. Beispiele	574
II. Systematisierung	577
E. Plenarvorbehalt und Verfassung	579
I. Der verfassungsrechtliche Rahmen	579
II. Funktionale Leistungsfähigkeit der Gremien	583
F. Einige Grenzfälle des Plenarvorbehalts	597
I. Delegierte Rechtsetzung	597
II. Budgetvollzug	603
III. Wahl der Bundesverfassungsrichter	605
§ 20 Plenardebatte	609
A. Begriff und Funktion	609
I. Begriff der Debatte	609
II. Debattenstil	610
III. Funktionen der Plenardebatte	612
B. Gegenstände und Formen der Debatte	615
C. Redeordnung	617
I. Die parlamentarische Rede und andere Äußerungsformen	617
II. Die Debattenleitung	622
III. Redezeiten: Die kontingentierte Debatte	624
IV. Fraktionslose und „Abweichler“	631
V. Redemodus	634
D. Debattendisziplin	637
I. Überblick	637
II. Maßnahmen zum Schutz der Sitzungsordnung	639
III. Maßnahmen gegenüber Mitgliedern der Regierung	643
E. Beurkundung und Protokollierung	646
F. Reformüberlegungen	648
§ 21 Leitungsorgane	654
A. Präsident	654
I. Wahl	654
II. Amtsperiode, Verlust des Amtes, Abwahl	657
III. Rechtsstellung und Aufgaben des Parlamentspräsidenten	660

B. Stellvertreter des Präsidenten (Vizepräsidenten)	689
I. Zahl der Stellvertreter, Wahl	689
II. Amtsperiode, Verlust des Amtes, Abwahl	692
III. Aufgaben, Reihenfolge der Vertretung	693
C. Präsidium, Ältestenrat	694
I. Zusammensetzung von Präsidium/Vorstand bzw Ältestenrat, Wahl bzw Benennung und Rechtsstellung der Mitglieder	695
II. Zu den Sitzungen der Leitungsorgane zugelassene Nicht-Mitglieder	699
III. Aufgaben des Präsidiums und/oder des Ältestenrats	700
IV. Verfahren	706

4. Abschnitt: Die Parlamentarische Opposition

§ 22 Parlamentarische Opposition	710
A. Bedeutung und Rechte der Opposition	711
I. Einleitung	711
II. Bedeutung der Opposition	711
III. Aufgaben der Opposition	715
IV. Definition der Opposition	721
V. Rechtsstellung der Opposition	726
VI. Rechte der Opposition	729
VII. Folgerungen für die Opposition, die einer Großen Koalition gegenübersteht	736
VIII. Opposition in den Landesverfassungen	741
B. Rechtsschutz der Opposition	744
I. Einleitung	744
II. Rechtsschutz durch das Bundesverfassungsgericht	745
III. Rechtsschutz durch den Gerichtshof der Europäischen Union	749
IV. Rechtsschutz durch die Landesverfassungsgerichte	750

5. Abschnitt: Ausschüsse, Kommissionen und Gremien

§ 23 Parlamentarische Ausschussarbeit	754
A. Plenum und Ausschüsse	754
I. Einleitung	754
II. Typologie	755
III. Historische Entwicklung	761
IV. Anerkennung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	763
V. Aufgaben der Ausschüsse	764

VI. Einsetzung und Größe der Ausschüsse	769
B. Ausschusszusammensetzung und Ausschusstätigkeit	771
I. Ausschussmitglieder und Ausschussämter	771
II. Ausschussverfahren	777
§ 24 Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	796
A. Einleitung	796
B. Geschäftsordnungsangelegenheiten	797
I. Geschäftsordnungsrechtliche Kompetenzen	797
II. Beratungen in Geschäftsordnungsangelegenheiten	798
III. Änderungen der Geschäftsordnung	798
IV. Auslegungsentscheidungen	799
C. Immunitätsangelegenheiten	799
I. Grundsätze der Beratungen	799
II. Das Verfahren nach Anlage 6 der Geschäftsordnung	801
III. Die Genehmigung von Strafverfahren	802
IV. Das Verfahren bei Durchsuchungen und Beschlagnahmen	803
V. Vereinfachtes Verfahren (Vorentscheidung)	803
D. Wahlprüfung	804
I. Prüfung der Wahleinsprüche	804
II. Beratungsverfahren im Ausschuss	805
III. Verfahren im Plenum und beim Bundesverfassungsgericht	806
E. Verfahren nach § 44 c Abgeordnetengesetz	806
I. Das freiwillige Überprüfungsverfahren	807
II. Das Überprüfungsverfahren ohne Zustimmung der Betroffenen	808
§ 25 Haushaltsausschuss und Haushaltsverfahren	809
A. Aufgaben und Verankerung des Haushaltsausschusses	809
I. Zentrale Rolle bei der Ausübung des parlamentarischen Budgetrechts	811
II. Haushaltskontrolle	821
III. Weitere wesentliche Aufgaben	825
IV. Bewertung	832
B. Arbeitsstrukturen	834
I. Rechnungsprüfungsausschuss	834
II. Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union	836
III. Vertrauensgremium gemäß § 10 a Abs. 2 BHO	837
IV. Finanzmarktgremium gemäß § 10 a FMStFG und § 16 RStruktFG	839

V. Bundesfinanzierungsgremium gemäß § 3 BSchuWG und § 69 a BHO	840
VI. Sondergremium nach § 3 Abs. 3 StabMechG und § 6 ESMFinG	841
C. Ausblick	843
§ 26 Petitionsausschuss	845
A. Einleitung	845
B. Rahmenbedingungen	845
C. Rechtsgrundlagen	847
I. Grundgesetz	847
II. Befugnisgesetz	847
III. Informationsfreiheitsgesetz	848
IV. Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages	848
V. Vor- und Nachteile von gesetzlich nicht geregelten Verfahrensgrundsätzen	849
D. Die tägliche Arbeit nach den Verfahrensgrundsätzen – eine Zusammenarbeit zwischen Ausschussdienst und Abgeordneten	850
I. Öffentliche Petitionen	850
II. Die Behandlung einer Petition	851
III. Die Beratungen und Entscheidungen des Petitionsausschusses	853
E. Ausblick	855
§ 27 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	857
A. Einleitung	857
B. Aufgaben und Zuständigkeiten des EU-Ausschusses	858
C. Vom Integrations-Ältestenrat zum EU-Ausschuss	859
D. Grundlagen der Ausschussarbeit und Rechte des EU-Ausschusses	859
I. Rechtliche Grundlagen für die Arbeit des Ausschusses	859
II. Die besonderen Rechte des EU-Ausschusses	862
III. Inanspruchnahme der Sonderrechte durch den EU-Ausschuss	864
IV. Beschlussempfehlungen des EU-Ausschusses	867
V. Begleitende Kontrolle und vorausschauendes Handeln	868
VI. Das EUZBBG und IntVG in der Praxis des EU-Ausschusses	871
VII. Der EU-Ausschuss und die Finanz- und Staatsschuldenkrise	875
E. Ausschussverfahren	876
I. Überweisung und Federführungen	876
II. Arbeitsweise des Ausschusses	877

F. Der EU-Ausschuss und sein Netzwerk	882
I. Die COSAC	882
II. Interparlamentarische Konferenzen	884
III. Die Europaausschüsse von Bundestag und Assemblée nationale	885
IV. Beratungen im Format Weimarer Dreieck	886
V. Der EU-Ausschuss in Brüssel und anderenorts	886
G. Verwaltungsseitige Unterstützung	886
H. Ausblick	887
§ 28 Auswärtiger Ausschuss	891
A. Die verfassungsrechtliche Sonderstellung des Auswärtigen Ausschusses	891
I. Grundaussagen von Art. 45 a Abs. 1 GG	891
II. Auswärtige Angelegenheiten	894
B. Der Auswärtige Ausschuss in der Staatspraxis	897
I. Persönlichkeiten	897
II. Besondere Vertraulichkeitskultur	898
III. Das außenpolitische Diskussionsforum	898
IV. Das besondere Verhältnis Auswärtiger Ausschuss – Minister	899
V. Bedeutung der Unterausschüsse	900
VI. Kooperation mit anderen Bundestagsausschüssen	901
VII. Internationale Vernetzung	902
C. Der Auswärtige Ausschuss im Mehrebenensystem	903
§ 29 Verteidigungsausschuss	905
A. Einleitung	905
B. Rechtsstellung	907
I. Verfassungsunmittelbarer Pflichtausschuss mit besonderer Untersuchungsausschussbefugnis	907
II. Hilfsorgan des Parlaments	908
III. Geschlossener Ausschuss	909
C. Entstehungsgeschichtliche Aspekte	910
D. Zuständigkeitsbereich	911
I. Militärische Verteidigung und funktionale Symmetrie	911
II. Verhältnis zu anderen Fachausschüssen	912
III. Abgrenzung zu anderen Kontrollinstrumenten des Parlaments	914

E. Aufgaben und Befugnisse	917
I. Beratung der überwiesenen Vorlagen und Mitwirkung an der Gesetzgebung	917
II. Parlamentarische Kontrolle	918
III. Mitwirkung bei den Entscheidungen über bewaffnete Auslandseinsätze der Streitkräfte	919
IV. Einbindung in die Beratung des Verteidigungshaushalts und Begutachtung von Rüstungsvorhaben der Bundeswehr	921
F. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Verteidigungsausschusses	922
G. Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss	924
§ 30 Parlamentarisches Kontrollgremium und G 10-Kommission	928
A. Einleitung	928
I. Aufgabe und Zielsetzung der Gremien	928
II. Rechtsquellen	930
B. Parlamentarisches Kontrollgremium	932
I. Zusammensetzung	932
II. Zusammentritt, Arbeitsweise und Kontrollrahmen	933
III. Informationsbeschaffung	934
IV. Zustimmungserfordernisse bei strategischen Beschränkungen nach dem G 10	941
V. Verhältnis zu anderen Institutionen	942
VI. Berichte und Bewertungen	943
VII. Verfahren bei Streitigkeiten	945
VIII. Datenschutzrechtliche Aspekte	946
C. G 10-Kommission	947
I. Zusammensetzung	947
II. Zusammentritt und Arbeitsweise	947
III. Aufgaben und Befugnisse	947
IV. Gerichtliche Überprüfung	954
D. Übereinstimmende Regelungsbereiche	955
I. Personelle Unterstützung und Sachausstattung	955
II. Geheimhaltung	956
§ 31 Untersuchungsausschüsse	959
A. Grundlagen	959
I. Rechtsnatur	959
II. Träger des Untersuchungsrechts	961

III. Rechtsgrundlagen	962
B. Voraussetzungen und allgemeine Grenzen des Untersuchungsrechts	963
I. Öffentliches Interesse	964
II. Allgemeines Befassungsrecht	964
III. Bundesstaatsprinzip	964
IV. Gewaltenteilungsgrundsatz und Staatswohl	965
V. Grundrechtsschutz	968
C. Einsetzung und Konstituierung	969
I. Einsetzungsantrag und -beschluss	969
II. Konstituierung und Zusammensetzung	972
D. Verfahren der Untersuchung	973
I. Verfahrenshoheit des Untersuchungsausschusses/Minderheitenrechte	973
II. Verfahrensgrundsätze	975
III. Beweiserhebung/Beweis- und Zwangsmittel	977
IV. Beweiserhebungs- und -verwertungsverbote	982
E. Abschluss des Verfahrens/Bericht	983
F. Rechtsschutz	984
I. Grundsatz	984
II. Staatlicher Bereich	985
III. Rechtsschutz Privater	985
G. Schlussbemerkung	986
§ 32 Enquetekommissionen	988
A. Rezeption in Deutschland	988
B. Entwicklung des Institutes	989
C. Normative Details	992
I. Instituierung und Mitgliederberufung	992
II. Organisation und Verfahrensweise	995
III. Auftrags erledigung oder Arbeitsfortführung	999
D. Bewertung	1001
I. Parlamentarische Lernprozesse	1002
II. Politische Implikationen	1004
III. Diskursfördernde Effekte	1005
6. Abschnitt: Beauftragte	
§ 33 Beauftragte	1008
A. Einführung	1008

B. Die Debatte um die Notwendigkeit von Parlamentsbeauftragten	1009
C. Versuch einer Begriffsbestimmung und Einteilung in unterscheidbare Kategorien	1011
D. Überblick über den Bestand der Beauftragten	1013
I. Europäische Union – der Bürgerbeauftragte	1013
II. Deutscher Bundestag – der Wehrbeauftragte	1015
III. Landesparlamente	1017
E. Die Zuordnung zur ersten Gewalt – berührte Verfassungsprinzipien	1030
I. Gewaltenteilung	1030
II. Demokratieprinzip	1033
III. Rechtsstaatsprinzip	1036
IV. Rechtsschutzgarantie	1036
F. Unverzichtbare Elemente und wünschenswerte Erfolgsfaktoren für Parlamentsbeauftragte	1037

7. Abschnitt: Die Parlamentsverwaltung

§ 34 Parlamentsverwaltung	1041
A. Grundlagen	1041
B. Rechtliche Anknüpfung	1043
I. Parlamentsautonomie	1043
II. Geschäftsführungsbefugnis des Parlamentspräsidenten	1044
III. Historische Entwicklung	1046
C. Organisationsstrukturen und Aufgaben moderner Parlamentsverwaltungen	1048
I. Organisationsbefugnis und Grundstruktur	1048
II. Parlamentsdirektor	1050
III. Wissenschaftliche Dienste und Ausschussdienst	1051
IV. Dienststelle des Wehrbeauftragten	1054
V. Interparlamentarische Zusammenarbeit	1054
VI. Geschäftsstellen der Fraktionen und Abgeordnetenmitarbeiter	1056
D. Parlamentsverwaltung und parlamentarische Kontrolle	1057
E. Schlussbemerkung	1060

8. Abschnitt: Die Regierung im Parlament

§ 35 Regierung im Parlament	1063
A. Regierung und Parlament im parlamentarischen Regierungssystem	1064

B. Die Rechtsstellung der Regierung im Parlament	1066
I. Die Rechte der Regierung im Parlament	1066
II. Die Pflichten der Regierung im Parlament	1087
C. Die Bedeutung der Regierungsfractionen im Parlament	1105
I. Die Teilhabe der Regierungsfractionen an der parlamentarischen Regierungskontrolle	1106
II. Der Einfluss der Regierungsmehrheit auf das Parlament	1108
D. Schlussbemerkung	1109

6. Teil: Das Parlament in der offenen Gesellschaft

§ 36 Autonomie und Heteronomie parlamentarischen Handelns	1112
A. Problemstellung	1112
I. Die Unterscheidung von internen und externen Einflüssen	1112
II. Demokratie als organisierte Herrschaftsform	1113
III. Parlamentsbilder zwischen Imagination und Wirklichkeit	1114
B. Untersuchungsprogramm	1116
§ 37 Bürgerschaftlicher Einfluss auf das Parlament	1118
A. Petitionsrecht	1118
I. Stellenwert des Petitionsrechts	1118
II. Herkunft und Bedeutung	1119
B. Direkte Demokratie als Einflussfaktor	1128
I. Bestandsaufnahme	1128
II. Repräsentative und direkte Demokratie unter dem Grundgesetz	1130
III. Direkte Demokratie unter dem Grundgesetz de lege ferenda	1132
IV. Gründe und Folgen direktdemokratischen Einflusses auf das Parlament ..	1134
V. Verfassungspolitische Lage	1135
VI. Implikationen für Parlament und Parlamentarismus	1136
§ 38 Das Wissen des Parlaments	1141
A. Das Parlament des rationalen Staates	1141
I. Evolution staatlicher Rationalität	1141
II. Wissen als kontextualisierte Information	1142
III. Das Parlament als wissensbasierte Steuerungsmittel	1143
B. Das Parlament als Klient: Wissensgenerierung durch Beratung	1144
I. Beratung als soziales Phänomen	1144

II. Das Nichtwissen des Parlaments als Provokation	1144
III. Beratungsarten innerhalb und außerhalb der Normsetzung	1146
C. Institutionalisierte Beratung	1146
I. Wissenschaftliche Dienste	1147
II. Büro für Technikfolgenabschätzung	1149
III. Enquetekommissionen	1153
IV. Verdichtung parlamentarischen Sachverständigen in diskontinuierlichen Sondergremien	1154
V. Gesetzesevaluation als Instrument der Expertiseentwicklung	1156
VI. Sonstige Beiräte und Beauftragte	1157
VII. Mitarbeiter als Ressourcen des fraktionellen Sachverständigen	1157
D. Ad-hoc-Beratung	1158
I. Beratung im parlamentarischen Verfahren	1159
II. Anhörung von Verbänden	1162
III. „Outsourcing“ von Gesetzentwürfen	1162
E. Lobbyismus als Einflussfaktor	1167
I. Dimensionen des Begriffs	1167
II. Erscheinungsformen	1168
III. Nationaler und europäischer Rechtsrahmen des Lobbyismus	1169
F. Resümee: Governance des parlamentarischen Wissensverbands	1175
§ 39 Parlament und Öffentlichkeit	1178
A. Das Parlament als Akteur in der offenen Gesellschaft	1178
B. Öffentlichkeit in der parlamentarischen Demokratie	1179
I. Öffentlichkeit als Schlüsselbegriff	1179
II. Öffentlichkeit, Medialität und Repräsentation	1182
C. Medien parlamentarischer Öffentlichkeit	1184
I. Internetauftritt	1185
II. Fernsehen im Parlament – Fernsehen des Parlaments	1189
III. „Das Parlament“	1190
IV. Konventionelle Formen parlamentarischer Informationspolitik	1190

7. Teil: Verfahrensrechtliche Ausformungen der Parlamentsfunktionen

§ 40 Gesetzgebungsverfahren	1195
A. Parlamentsinterner Ablauf	1196
I. Überblick	1196

II. Gesetz und Gesetzgebungsverfahren	1197
III. Rechtsetzung als Gestaltungsprozess	1205
IV. Exkurs: Volksgesetzgebung	1206
V. Das Gesetzgebungsverfahren in Bundestag und Bundesrat	1209
VI. Das „innere“ Gesetzgebungsverfahren im Bundestag	1222
VII. Rahmenbedingungen der Gesetzgebung	1231
VIII. Das „gute“ Gesetz	1244
IX. Abschluss des äußeren Gesetzgebungsverfahrens	1257
X. Justitiabilitätsfragen zum Gesetzgebungsverfahren	1259
B. Vermittlungsverfahren	1260
I. Grundlagen	1261
II. Stellung und Aufgaben des Vermittlungsausschusses	1262
III. Vermittlungsverfahren	1267
IV. Weiteres Verfahren im Anschluss an das Vermittlungsverfahren	1276
V. Statistische Angaben	1280
VI. Die Bedeutung des Vermittlungsausschusses für die Gesetzgebung	1281
§ 41 Verfahren der Mehrheitsbestimmung: Wahl- und Abstimmungsverfahren	1283
A. Verfahren der Mehrheitsbestimmung	1283
B. Drei Phasen von Verfahren der Mehrheitsbestimmung	1285
C. Gegenstände von Verfahren der Mehrheitsbestimmung	1288
I. Parlamentarische Wahlen	1288
II. Parlamentarische Entscheidungen in Sachfragen	1298
D. Techniken der Stimmabgabe	1302
I. Handzeichen und Aufstehen oder Sitzenbleiben	1302
II. Verdeckte Stimmzettel	1302
III. Elektrische oder Elektronische Mittel	1303
IV. Unterschrift	1303
V. Zuruf	1304
VI. Namentliche Stimmabgabe	1304
VII. Hammelsprung	1305
E. Einzelne parlamentarische Wahlen	1305
I. Parlamentarische Wahl des Regierungschefs und der Regierung	1306
II. Weitere Wahlen	1315

8. Teil: Parlamente im Mehrebenensystem

§ 42	Parlamentarisierung von Herrschaft im Mehrebenensystem	1323
A.	Herrschaft im Mehrebenensystem	1323
B.	Demokratieprobleme der Herrschaft im Mehrebenensystem und die Bedeutung von Parlamenten	1325
C.	Strategien der Parlamentarisierung	1327
I.	Parlamentarisierung von Herrschaft im Mehrebenensystem	1327
II.	Ebenenparlamentarisierung erster Ordnung: Supranationales Parlament	1328
III.	Ebenenparlamentarisierung zweiter Ordnung: Parlamentarische Versammlung	1335
IV.	Parlamentarische Kontrolle der supranationalen Ebene und von Regierungshandeln	1339
V.	Parlamentarische Ebenenverschachtelung als föderales Sonderproblem	1347
D.	Perspektiven parlamentarischer Demokratie im Mehrebenensystem	1350
§ 43	Regelungen des Artikels 23 GG	1353
A.	Einleitung	1354
B.	Die Mitwirkung Deutschlands an der europäischen Integration und deren Schranken (Art. 23 Abs. 1 GG, IntVG)	1355
I.	Staatsziel Vereintes Europa	1355
II.	Übertragung von Hoheitsrechten	1356
III.	Materielle Verfassungsänderung durch Übertragung von Hoheitsrechten	1357
IV.	Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten	1361
V.	Staatlichkeit oder Verfassungsidentität als Schranke der Mitwirkung an der europäischen Integration?	1367
VI.	Konkretisierungen: Integrationsverantwortung und Haushaltsverantwortung	1370
VII.	Zwischenbefund zu Art. 23 Abs. 1 GG	1391
C.	Bundestag und europäische Integration in Art. 23 Abs. 2, 3 GG (EUZBBG, BBV)	1392
I.	Allgemeines	1392
II.	Angelegenheiten der Europäischen Union	1392
III.	Die Vorgaben des EUZBBG	1395
IV.	Reformüberlegungen und Ausblick	1406

D. Bundesrat, Länder und europäische Integration (Art. 23 Abs. 2, 4–6 GG, EUZBLG, BLV)	1409
I. Allgemeines	1409
II. Bundesratsbeteiligung nach Art. 23 GG	1410
III. Sonstige Vorgaben durch EUZBLG und BLV	1418
IV. Reformüberlegungen und Ausblick	1420
E. Subsidiaritätskontrolle (Art. 23 Abs. 1 a GG)	1421
I. Allgemeines	1421
II. Minderheitenrecht	1423
III. Gesetzliche Ausgestaltung	1424
IV. Vorgaben der Geschäftsordnung des Bundestages	1425
V. Verfahren im Bundesrat	1425
VI. Vorgaben des Unionrechts	1426
VII. Gegenstand der Subsidiaritätsklage	1426
VIII. Bewertung	1428
F. Verfassungsprozessuale Aspekte	1429
I. Verfassungsbeschwerde nach Art. 38 GG: Parlamentsrechte als Grundrechte?	1429
II. Organstreitverfahren: Geltendmachung der Parlamentsrechte durch Fraktionen und Abgeordnete	1432
III. Geltendmachung von Rechten der Länder und des Bundesrates	1434
IV. Rechtsbehelfe de lege ferenda?	1434
G. Schlussbetrachtung	1436
§ 44 Europafähigkeit der Parlamente	1438
A. Einführung	1438
B. Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Bundestages	1439
I. Beteiligungsrechte im „Alltag“ nach GG und EUZBBG	1440
II. Beteiligungsrechte „im besonderen Verfahren“ gemäß IntVG	1452
III. Bewertung	1458
C. Ausübung der Mitwirkungsrechte	1458
I. Beteiligung auf nationaler Ebene	1458
II. Beteiligung auf supranationaler und europäischer Ebene	1462
D. Ausblick	1466
§ 45 Parlamentarische Steuerung und Kontrolle des internationalen Regierungshandelns und der Außenpolitik	1469
A. Einleitung	1469

B. Ausgangspunkt: Begriff und Bedeutung der „auswärtigen Gewalt“	1471
C. Charakteristika auswärtigen Regierungshandelns und parlamentarischer Steuerung und Kontrolle	1476
D. Institutionelle Dimension parlamentarischer Steuerung und Kontrolle: Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (Art. 45 a Abs. 1 Alt. 1 GG)	1478
E. Einzelne Steuerungs- und Kontrollinstrumente	1481
I. Vertragsschlussverfahren gem. Art. 59 Abs. 2 GG	1481
II. Beteiligungsrechte bei Modifikationen völkerrechtlicher Verträge	1484
III. Mitwirkungsrechte im Vertragsverhandlungsprozess	1487
IV. Internationalisierte Verordnungsgebung	1488
V. Parlamentarische Beteiligung bei internationalisierten Vertragsbeziehun- gen	1493
VI. Parlamentarische Beteiligung im Rahmen von soft law	1494
F. Das „Parlamentsheer“: Parlamentarische Steuerung und Kontrolle im Rah- men von Auslandseinsätzen der Bundeswehr	1495
G. Ausblick	1504

9. Teil: Außerordentliche Kompetenzen und Verfahren

§ 46 Gesetzgebungsnotstand	1506
A. Allgemeine Grundlagen	1506
I. Begriff des Gesetzgebungsnotstandes	1506
II. Rechtsstaatliche Grenzen	1508
III. Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsinstituten	1509
B. Verfassungsrechtliche Regelungen	1511
I. Artikel 81 GG	1511
II. Landesverfassungsrecht	1512
C. Feststellung des Gesetzgebungsnotstandes nach Art. 81 GG	1513
I. Tatbestandsvoraussetzungen	1513
II. Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes	1514
D. Gesetzgebung im Gesetzgebungsnotstand nach Art. 81 GG	1516
I. Verfahren	1516
II. Verfahren bei weiteren Gesetzesvorlagen	1518
III. Rechtsnatur der nach Art. 81 GG erlassenen Gesetze	1519
IV. Verhältnis zur regulären Gesetzgebung	1520
V. Reguläre Gesetzgebung während des Gesetzgebungsnotstandes	1520
E. Grenzen der Notstandsgesetzgebung nach Art. 81 GG	1520
I. Inhaltliche Grenzen der Notstandsgesetzgebung	1521

II. Kompetenzielle Grenzen der Notstandsgesetzgebung	1521
III. Zeitliche Grenzen der Notstandsgesetzgebung	1522
F. Voraussetzungen und Rechtsfolgen landesverfassungsrechtlicher Notstandsregelungen	1523
I. Tatbestandsmerkmale: Voraussetzungen der Notstandslage	1524
II. Verfahren der Feststellung der Notstandslage	1524
III. Rechtsfolgen der Feststellung der Notstandslage	1525
§ 47 Verteidigungsfall und Gemeinsamer Ausschuss	1528
A. Die Notstandsverfassung des Grundgesetzes	1528
I. Einleitung	1528
II. Entstehung	1529
III. Systematik	1531
B. Sicherheitspolitische Relevanz des Verteidigungsfalles	1534
I. Angriff und Verteidigung	1534
II. Verteidigungsfall und Bündnisfall	1535
III. Aktuelle Herausforderungen	1537
C. Feststellung des Verteidigungsfalles	1539
D. Konzentrierung und Unitarisierung der Staatsgewalt	1541
I. Kompetenzzuwachs der Bundesregierung	1542
II. Parlamentarische Kontrolle der Notstandsbefugnisse	1542
III. Bundesstaatliche Zentralisierung	1543
IV. Unitarisierung der Legislative: Der Gemeinsame Ausschuss	1544
E. Vereinfachung und Beschleunigung gesetzgeberischer Entscheidungsprozesse	1549
F. Ausblick	1551

10. Teil: Auflösung des Parlaments

§ 48 Beendigungsgründe	1552
A. Regulärer Ablauf der Wahlperiode und die Bestimmung des Wahltages	1552
B. Auflösung nach Wahl eines Minderheitskanzlers nach Art. 63 Abs. 4 GG	1553
I. Der Regelungsmechanismus des Art. 63 GG	1553
II. Durch Rücktritt des Kanzlers bedingte Ingangsetzung des Mechanismus nach Art. 63 GG	1555

C. Auflösung nach Vertrauensfrage	1557
I. Der Regelungsmechanismus des Art. 68 GG und seine Offenheit für Verfassungsinterpretation	1557
II. Das Meinungsspektrum zum Problem der auflösungsgerichteten Vertrauensfrage	1562
III. Die Gründe und Konsequenzen der Kompromisslösung des Bundesverfassungsgerichts	1565
§ 49 Folgen der Beendigung: Elemente der Diskontinuität und Kontinuität	1571
A. Ununterbrochene und rechtlich uneingeschränkte parlamentarische Repräsentation	1572
I. Bedeutung parlamentarischer Repräsentation für die demokratische Legitimation	1572
II. Die uneingeschränkte Legitimation und Funktion des Bundestages bis zum Ende der Wahlperiode	1572
III. Folgen fehlerhafter Bestimmung des Wahltags	1578
B. Der sogenannte Grundsatz der Diskontinuität und seine Relativierung durch ein Gegenprinzip parlamentarischer Kontinuität	1579
I. Der Begriff der sogenannten Diskontinuität des Bundestages und seine Unschärfen	1579
II. Historischer Ursprung und Entwicklung	1582
III. Verfassungsrechtlich gebotene Aspekte personaler und institutioneller Diskontinuität als Konsequenzen einer Herrschaft auf Zeit	1583
IV. Sachliche Kontinuität und Diskontinuität als ambivalente Ausprägungen des Demokratieprinzips	1584
V. Sachliche Diskontinuität als sich wandelnder Parlamentsbrauch im Rahmen der Geschäftsordnungsautonomie	1586
VI. Einzelfragen	1588
VII. Resümee: Wandel der Diskontinuität von der Regel zur Ausnahme und Begründung eines Prinzips sachlicher Kontinuität des Parlaments	1601
C. Kontinuität des Rechtsschutzes, insbesondere für Organstreitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bei Beendigung einer Wahlperiode	1602

11. Teil: Herausforderungen, Zukunftsfähigkeit und Parlamentsreform

§ 50 Gouvernentalisierung und Entparlamentarisierung im Mehrebenensystem	1604
A. Einleitung	1604
B. Parlamentsfunktionen als Analysemaßstab	1605
I. Konzentration auf Rechtsetzung und Kontrolle	1605

II. Aussparung der Europafunktion	1606
III. Demokratiedefizit?	1606
C. Parlamentarisierung auf europäischer Ebene	1607
I. Kompetenzzuwachs des Europäischen Parlaments	1607
II. Grenzen der Parlamentarisierung	1609
D. Entparlamentarisierung auf nationaler Ebene	1614
I. Grundsätzliche Bedeutung der nationalen Parlamente	1614
II. Rolle der nationalen Parlamente im Mehrebenensystem	1616
E. Gouvernementalisierung als Folge der Eurokrise	1618
I. Zulässigkeit des Komplementärrechts	1618
II. Ergebnisse des Komplementärrechts	1619
III. Verantwortung für das Komplementärrecht	1620
F. Fazit	1623
§ 51 Zukünftige Weiterentwicklung des Parlamentarismus	1625
A. Vorbemerkung	1625
B. Reformbedarf	1626
I. Anpassung und Veränderung der Wahlperioden (Dieter Wiefelspütz)	1626
II. Selbstaufhebungsrecht des Bundestages (Dieter Wiefelspütz)	1626
III. Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts (Dieter Wiefelspütz)	1627
IV. Aufnahme des Wahlrechts in Grundzügen in die Verfassung (Dieter Wiefelspütz)	1631
V. Die Wehrfähigkeit der Landtage (Utz Schliesky)	1631
VI. Lobbyismus und Interessendemokratie – Regulierung des Dritten Sektors zum Schutz des Gemeinwohls? (Utz Schliesky)	1635
VII. Direkte Demokratie (Dieter Wiefelspütz)	1638
VIII. Evaluation der Gesetzgebung (Dieter Wiefelspütz)	1639
IX. Nach den Föderalismusreformen I und II = vor der Reform? (Utz Schliesky)	1640
X. Parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste (Dieter Wiefelspütz)	1644
C. Notwendigkeit parlamentarischer Reaktionen auf Umfeldveränderungen	1646
I. Verstärkter gesellschaftlicher Pluralismus, stärkere Fraktionierung des Parteiensystems (Martin Morlok)	1646
II. Strukturwandel der Öffentlichkeit und Akzeptanz des parlamentarischen Regierungssystems (Utz Schliesky)	1648
III. Digitalisierung – Chancen und Risiken (Utz Schliesky)	1656
IV. Fachliche Komplexität – Anspruch an die parlamentarischen Entschei- dungen (Martin Morlok)	1661

V. Präsidentialisierung im parlamentarischen System (Martin Morlok)	1664
D. Parlamente im Mehrebenensystem (Martin Morlok)	1669
I. Ausweitung der Befugnisse des Parlaments	1669
II. Zusätzliche Akteure und neue Beziehungen des Parlaments und seiner Teile	1672
III. Die Rolle der Parteien, insbesondere der europäischen politischen Par- teien	1672
E. Schlussbemerkung	1675
 Allgemeines Schrifttumsverzeichnis	 1679
 Stichwortverzeichnis	 1821